

Die Bildung der Allianz für Deutschland

Von Michael Richter

Deutschlandpolitik Helmut Kohls im Jahr 1989

Zur historischen Einordnung der Bildung der Allianz für Deutschland möchte ich einen Bogen vom Juni 1989 bis zum März 1990 schlagen, dem Zeitpunkt der Volkskammerwahl. Im Juni 1989 unterzeichneten die Bundesregierung und die sowjetische Führung eine gemeinsame Erklärung, bei der das Bundeskanzleramt die Sowjetunion bewegen konnte, das Selbstbestimmungsrecht aller Völker einschließlich der Deutschen und das Recht der freien Wahl des politischen und sozialen Systems als unumstößliche Prinzipien ihrer Politik anzuerkennen. Damit, so der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher, hatte man „zum ersten Mal die Frage der Offenheit für die deutsche Einheit in ein gemeinsames Dokument hineinbekommen“.¹ Von nun an war es das Ziel der Bundesregierung, auf der Grundlage der Anerkennung der Staatlichkeit der DDR dort eine Entwicklung zu unterstützen, an deren Ende die freie Entscheidung der DDR-Bewohner stand, ob sie mit der Bundesrepublik zusammen oder in einem eigenen Staat leben wollten. Nicht allein in Bonn, auch in der SED-Führung erkannte man, dass die Erklärung, so eine Formulierung des MfS, Schlussfolgerungen erlaubte, die „durchaus auch revanchistischen, also imperialistischen Zielrichtungen entsprechen“ könnten.² Honecker sah wegen der darin enthaltenden Möglichkeit eines Weges zur deutschen Einheit in der Erklärung ein Abgehen Moskaus von der traditionellen Politik deutscher Zweistaatlichkeit und wertete sie intern entsprechend als Verrat.³

Von nun an war es vor allem Helmut Kohl, der die Optionen der Erklärung offensiv im Sinne deutscher Interessen nutzte. Sein Handeln war fortan direkt auf eine Überwindung der Teilung ausgerichtet.⁴ Grundlage dafür war die

1 Zit. bei Alexander VON PLATO, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle*, Berlin 2002, S. 45.

2 Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) Potsdam vom 16.6.1989; *Reaktionen der Bevölkerung des Bezirkes zum Besuch des Gen. Gorbatschow in der BRD*, in: *Dokumentation zum Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR in 6 Teilen (I–VI)*. 1. November 1989 – 31. Oktober 1990, Teil 6: *Ausgewählte Stasi-Dokumente und rechtliche Bestimmungen*, Bearb.: Peter EISENFELD, hg. vom Gesamtdeutschen Institut, Bonn/Berlin 1990, S. 77f.

3 Vgl. Jens KAISER, *Zwischen angestrebter Eigenständigkeit und traditioneller Unterordnung. Zur Ambivalenz des Verhältnisses von sowjetischer und DDR-Außenpolitik in den achtziger Jahren*, in: *Deutschland Archiv* 24 (1991) S. 478–495, hier 490.

4 Vgl. Hans KLEIN, *Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands*, Berlin 1991, S. 13.

Rechtslage, wie sie das Bundesverfassungsgericht zuletzt im Urteil zum Grundlagenvertrag 1973 bestimmt hatte. Danach musste die Bundesregierung aus staatsrechtlichen Gründen an der Wiedervereinigung festhalten. Die Teile Deutschlands, die in der DDR organisiert waren, konnten einen Beitritt nur in der Form äußern, „die ihre Verfassung zulässt“. Die Voraussetzung für die Realisierung eines Beitritts konnte demnach nur ein staatsrechtlicher Vorgang in der DDR sein, „der einem rechtlichen Einfluss durch die Bundesrepublik nicht zugänglich“ war.⁵ Nachdem sich die Deutschen in der Bundesrepublik bereits seit deren Gründung mehrheitlich für die Wiedervereinigung ausgesprochen hatten, lag die Entscheidung nun bei den Deutschen in der DDR. Die Herstellung der staatlichen Einheit war aber auch aufgrund internationaler Verträge beider deutschen Staaten nur über eine Demokratisierung in der DDR möglich. Der Bundesrepublik konnte nur eine souveräne demokratische DDR beitreten, jede Art direkter staatlicher Intervention aus Bonn verbot sich. Von daher konnte die Bundesregierung seit der Anerkennung der DDR-Staatlichkeit auch nicht mehr mit Wiedervereinigungsplänen aufwarten, deren Fehlen ihr gelegentlich vorgeworfen wird.

In Moskau kannte man die Lage. Bei einem Gespräch im Juli 1989 erklärte Valentin Falin gegenüber Markus Wolf, die Bundesregierung betreibe Veränderungen im Hinblick auf die nationale Einheit mit langem Atem. Ein bundesdeutscher Politiker habe ihm gesagt, sie könnten die DDR innerhalb von zwei Wochen destabilisieren, wenn sie es wollten. So wie die Entwicklung verlaufe, sei sie aber aussichtsreicher.⁶

Nachdem der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende, Helmut Kohl, auf dem Bremer Parteitag im September 1989 Machtansprüche innerparteilicher Rivalen zurückgewiesen hatte, veranlasste er in der CDU eine Modifizierung der Deutschlandpolitik. Hinsichtlich einer Wiedervereinigung ging seine Regierung nun zu offensiveren Formen des Handelns über, während im Bereich der Politik der kleinen Schritte die Kooperation mit der SED zurückgeschraubt wurde.

Mit seinem klaren Bekenntnis zur Einheit der deutschen Nation stellte der Kanzler auch für die Deutschen in der DDR eine verlässliche Orientierungsgröße dar. Galt dies ganz allgemein, so im Besonderen für die Entwicklung seit dem Sommer 1989. Bereits für diesen Zeitpunkt bleibt jede Beschreibung der Ereignisse in der DDR ungenau, wenn sie die Politik der Bonner Machtzentrale nicht mit in den Blick nimmt. So trug etwa die feste Haltung in der, von der SPD infrage gestellten, einheitlichen Staatsbürgerschaft wesentlich zur

5 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.7.1973, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe II, Bd. 1, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1975, S. 79–110

6 Vgl. Markus WOLF, „Geheime Mission in Moskau“, in: „Stern“ vom 29.11.1990.

Massenflucht bei, die ihrerseits direkt in die Demonstrationen des Herbstes überging.

Bereits Anfang Oktober waren auf Demonstrationen am Rande der Zugdurchfahrten der Prager Botschaftsflüchtlinge durch die DDR nach Bayern die ersten Sprechchöre zugunsten der deutschen Einheit zu hören. Noch hielten sich die Demonstranten mit ihren Forderungen aus taktischem Kalkül zurück. Statt „Weg mit der SED“ wurde „Neues Forum“ gerufen, statt deutscher Einheit die dafür notwendige Selbstbestimmung des Volkes eingefordert. Unter dem Druck nicht abreißender Massenproteste im Oktober und Anfang November 1989 fiel in der Nacht zum 10. November die Mauer.

Nun begann eine Phase der Entwicklung, in der sich immer deutlicher zwei gegensätzliche Ausrichtungen abzeichneten. Während die demonstrierende Bevölkerung mehr und mehr nach deutscher Einheit verlangte, kam es zu einer Annäherung all jener Kräfte, die für eine sozialistische Erneuerung im Rahmen der DDR-Staatlichkeit eintraten. Es war dieses Bündnis aus SED, Blockparteien, sozialistischen Intellektuellen und Sprechern linker Bürgerbewegungen, das die DDR-Bevölkerung Ende November zum Bündnis „Für unser Land“, gemeint war die DDR, aufrief. Der Aufruf selber entfaltete freilich weniger Wirkung als der am 13. November von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählte Hans Modrow. Dieser setzte nun ein mit sowjetischen und innerparteilichen Partnern abgestimmtes Konzept um, dessen Kern darin bestand, die SED-Alleinherrschaft durch eine verfassungsmäßig abgesicherte sozialistische Staatlichkeit zu ersetzen. Statt wie die kommunistischen Parteien Ungarns oder Polens den Weg zur freiheitlichen Demokratie einzuschlagen, favorisierten Hans Modrow, Gregor Gysi und Markus Wolf wie ihre sowjetischen Berater die Entwicklung hin zu einem demokratischen Sozialismus in einer eigenständigen DDR. Für Anhänger nichtsozialistischer Auffassungen war hier nicht nur kein Platz, sondern die fortgesetzte Überwachung durch das in „Verfassungsschutz“ umbenannte MfS vorgesehen. Der SED hingegen wäre im neo-sozialistischen System mangels Alternativen weiterhin eine dominante Rolle zugefallen.

Freilich war die Zeit vorbei, in der die SED ihre Konzepte ohne Gegenwehr durchsetzen konnte. In der DDR schlug ihr massiver Widerstand aus der Bevölkerung entgegen. Tragfähige Zukunftsvisionen wurden hingegen hier nicht formuliert. Eine Ursache dafür lag in der deutschen Zweistaatlichkeit begründet. Politische Funktionselitén, die in der DDR Alternativen hätten formulieren können, lebten inzwischen meist in der Bundesrepublik. So war es nur folgerichtig, dass entscheidende Impulse aus dem Westen kamen. Ende November legte Bundeskanzler Kohl das entscheidende Gegenkonzept zur neo-sozialistischen DDR vor: den Zehn-Punkte-Plan. Mit seinem später modifizierten Konzept zur Erlangung der deutschen Einheit wurde er als Parteivorsitzender einer sich formal noch immer gesamtdeutsch verstehenden CDU, ich erinnere

an die Exil-CDU der SBZ, zum wesentlichen Wortführer des wachsenden Teils der DDR-Bevölkerung, der seine Hoffnungen auf Freiheit, Demokratie und Wohlstand in der deutschen Einheit am besten aufgehoben sah.

Hier nun beginnt die Phase des revolutionären Prozesses, in dem die „Allianz für Deutschland“ eine zentrale Rolle spielt. Wegen der international anerkannten Eigenstaatlichkeit der DDR brauchte der Bundeskanzler im Osten Partner, auch wenn er bei Auftritten wie z.B. in Dresden am 18. Dezember von Hunderttausenden gefeiert wurde und von diesen wohl auch direkt gewählt worden wäre.

Ost-CDU und West-CDU – ein schwieriges Verhältnis

Auch wenn sich die politischen Gräben zwischen (nun) SED-PDS und CDU seit Dezember vertieft hatten – zwischen West- und Ost-CDU lagen weiterhin Welten. Noch bestimmten hier altgediente Funktionäre. Die CDU-Führung unter Lothar de Maizière wandte sich zwar Mitte Dezember offiziell von ihrer bisherigen sozialistischen Ausrichtung ab, sprach sich aber ungeachtet aller politischen Realitäten in Europa für eine staatliche Einheit auf neutraler Grundlage und für eine enge Kooperation mit der SED-PDS aus. Wie schon bei Jakob Kaiser sollte Deutschland zur „Brücke zwischen Ost und West“ werden.⁷ Mit solchen Konzepten passte die Ost-CDU trotz wachsender Konflikte mit Modrow recht gut in dessen Regierung, in der de Maizière ja auch als stellvertretender Ministerpräsident fungierte und wo er formal für die Politik Modrows mitverantwortlich zeichnete.

Aus Sicht der Bundes-CDU schien ein Ausbau der Kontakte zunächst deswegen nicht dringlich, weil sich weder für Ost-CDU noch West-CDU bei der anstehenden Volkskammerwahl Chancen abzeichneten. Allgemein wurde ein Sieg der SPD prognostiziert. Ab Januar aber, so erklärte mir Helmut Kohl im Gespräch, wurde ihm „langsam klar, dass irgendwann Neuwahlen kommen, auch wenn wir noch nicht genau wussten, wann. Klar war, dass die Modrow-Regierung keine Regierung auf Dauer war. In dieser Situation haben wir überlegt, wie wir uns gegenüber der Ost-CDU verhalten. Inzwischen hatte es ja bei der CDU einen Richtungswechsel gegeben. Lothar de Maizière war Parteivorsitzender geworden. In dieser Situation haben wir gesagt, jetzt müssen wir der CDU in der DDR helfen.“ Dennoch hatte er nicht vor, sich auf die Ost-CDU festzulegen. Vielmehr baute man nun Kontakte zu verschiedenen Gruppen in der DDR auf. Im Bundesvorstand war die Meinung geteilt: „Einige meinten, mit Ost-CDU-Leuten reden wir auf gar keinen Fall, andere sagten,

⁷ Grundsätze für das Programm der CDU. Vgl. Hans-Joachim FIEBER/Michael PREUSSLER (Hg.), *Deutsche Orientierungen. Deutschlandpolitische Dokumente und Materialien seit Oktober 1989*, Berlin 1990, S. 48.

warum eigentlich nicht? Wieder andere meinten, wir unterstützen den Demokratischen Aufbruch. Es gab in dieser Hinsicht aber keine Strategie und auch nie eine Beschlussituation, dass wir mit dieser oder jener Partei Kontakt halten. Es war so, dass wir einfach Kontakt aufgenommen haben.“⁸ So wurden Verbindungen zur CDU-Basis in der DDR unabhängig vom Parteivorstand aufgebaut. Volker Rühle vereinbarte mit den CDU-Landesgeschäftsführern am 10. Januar 1990, die Zusammenarbeit mit Parteien und oppositionellen Gruppen in der DDR, darunter auch die Ost-CDU, auf Länder- und regionaler Ebene zu organisieren.⁹ Ganz in diesem Sinne wurde z.B. bereits am 7. Januar zwischen den CDU-Kreisorganisationen in Recklinghausen und Bitterfeld der erste CDU-Kontakt auf Kreisebene hergestellt.¹⁰

Ein entscheidender Hinderungsgrund für Beziehungen zur Führung der Ost-CDU blieb deren Beteiligung an der Regierung Modrow, die unverhohlen ein demokratisch-sozialistisches Regime anstrebte. Darüber gab es Auseinandersetzungen. Seit Anfang Januar forderten Kohl und Rühle die Ex-Blockpartei auf, die Regierungskoalition zu verlassen, einen Schlusstrich unter die Zusammenarbeit mit der SED zu ziehen und sich an die Seite der Opposition zu stellen.¹¹ Im Hauptvorstand der Ost-CDU unterstützte Generalsekretär und MfS-Einflussagent Martin Kirchner, aus welchen Gründen auch immer, diesen Kurs.¹² Womöglich hatte er den Auftrag, sich für Funktionen in einer künftigen gesamtdeutschen Regierung zu profilieren. Er provozierte eine Auseinandersetzung, als er ohne Absprache mit de Maizière erklärte, seine Partei werde den Austritt aus der Regierung beschließen und so einen Schlusstrich unter die Vergangenheit ziehen.¹³ Rühle meinte zu Kirchners Vorstoß, die Ost-CDU gehe damit „in letzter Minute“ den entscheidenden Schritt und folge dem Votum der Reformer in den eigenen Reihen. Er forderte die Ost-CDU auf, „jetzt mit ihrer Vergangenheit zu brechen und sich ganz an die Seite der Opposition zu stellen“.¹⁴

Es zeigte sich aber, dass die Führung der Ost-CDU die von Kirchner vertretene Haltung Kohls nicht teilte. Am 17. Januar bezeichnete de Maizière Kirchners Äußerungen als „ungedektes, verfrühtes Vorpreschen“, auch wenn viele Mitglieder einen Regierungsaustritt befürworteten. Die CDU müsse sich aber ihrer „Verantwortung für ein weiterhin regierbares Land, für lebensnot-

8 Interview des Autors mit Helmut Kohl in Berlin am 12.3.2003.

9 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 11.1.1990.

10 Vgl. Deutschland Archiv 23 (1990), S. 325.

11 Vgl. Horst TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 105; „Die Welt“ vom 9.1.1990; „Frankfurter Rundschau“ vom 12.1.1990.

12 Vgl. Uwe THAYSEN, *Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk?*, Teil 2, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 21 (1990) S. 257–308, hier S. 265f.

13 Vgl. FAZ vom 18.1.1990.

14 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.1.1990.

wendige Ordnung und Versorgung, für ungefährdete Vorbereitung freier Wahlen“ stellen.¹⁵ Die CDU sei „für das Unheil mitverantwortlich“ und könne sich jetzt nicht aus der Verantwortung stehlen. Zum anderen rechnete er damit, dass nach der CDU auch die anderen Parteien die Regierung verlassen und die DDR damit in ein Chaos geraten, in dem die Organisation freier Wahlen unmöglich werden könnte.¹⁶ Mit ihrer die SED-PDS stabilisierenden Haltung stand die Ost-CDU nicht allein. Am Zentralen Runden Tisches bekräftigten Vertreter aller Ex-Blockparteien am 18. Januar ihre Bereitschaft zur Fortsetzung der Koalitionsregierung.¹⁷ Modrow betonte vor dem Ministerrat seinerseits die Notwendigkeit des Erhalts der Regierungsfähigkeit sowie einer „nationalen Koalition der Vernunft“ und appellierte, zur Stabilität der DDR beizutragen.¹⁸

Deutlich vertraten West- und Ost-CDU in Grundfragen politischer Macht in der DDR verschiedene Konzepte. Der Bundeskanzler strebte nach einer Auflösung der Modrow-Regierung, da diese erkennbar keine freiheitliche Demokratie, sondern einen erneuerten Sozialismus anstrebte. An ihre Stelle sollte eine Übergangsregierung aus allen Ex-Blockparteien und den neuen politischen Kräften treten. Die Ex-Blockparteien samt Ost-CDU sahen hingegen keine Alternative zum Erhalt der bisherigen SED-dominierten Staatlichkeit bis zu freien Wahlen und meinten, die neo-sozialistischen Bestrebungen Modrows und Gysis im Zaum halten zu können.

In der Ost-CDU eskalierte der Streit, als Kirchner am 19. Januar im Präsidium des Hauptvorstandes einen Misstrauensantrag gegen de Maizière einbrachte. Das Präsidium sprach sich daraufhin mehrheitlich für einen Verbleib in der Regierung aus. Ein kurzfristiger Austritt sollte nur erfolgen, wenn es zum grundsätzlichen Dissens in der Regierung komme.¹⁹ Damit war auch für Kohl und Rühle klar, „wer das Sagen in dieser Partei hatte“.²⁰ Die Basis der Ost-CDU war in dieser Frage gespalten. So forderte der gerade gegründete Landesverband Thüringen am 20. Januar, die Regierung Modrow zu verlassen und in der Volkskammer in die Opposition zu gehen. Kirchner schloss zu-

15 8. Sitzung ZRT am 18.1.1990. Info. Nr. 2: Erklärung des Vorsitzenden der CDU zu den Äußerungen des Generalsekretärs Martin Kirchner (ACDP, Runder Tisch).

16 Zit. bei Nina GRUNENBERG, „Politik war eigentlich nicht vorgesehen“, in: „Die Zeit“ vom 19.9.1991.

17 8. Sitzung ZRT (wie Anm 15); Ergebnisse der 8. Sitzung des Rundtischgespräches am 18.1.1990, in: Helmut HERLES/Ewald ROSE (Hg.), *Vom Runden Tisch zum Parlament*, Bonn 1990, S. 60–76.

18 Beschluss des Ministerrates der DDR 10/1.a/90 vom 18.1.1990: Einschätzung zur Lage und Auswertung des Runden Tisches (BArch B, C 20, 1/3–2897, Bl. 39–42).

19 Vgl. Protokoll Präsidiumssitzung Hauptvorstand der CDU vom 19.1.1990 (ACDP, 07-011-3510).

20 Wolfgang SCHÄUBLE, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, Stuttgart 1991, S. 43.

nächst seinen Rücktritt nicht aus,²¹ gab allerdings am nächsten Tag nach und erklärte, trotz abnehmender Gemeinsamkeiten trete man für eine „Große Koalition des Übergangs“ ein.²² Die Pläne, die Partei mit Hilfe Kirchners auf West-Kurs zu bringen, waren gescheitert, allerdings war deren Führung durch den Streit so polarisiert, dass Friedrich Schorlemmer bereits über die „de Maizièrre-CDU“ und die „Kirchner-CDU“ polemisierte.²³

Der CDU-Bundesvorstand stellte nun die Zusammenarbeit offen in Frage. Generalsekretär Volker Rühle meinte, die Ost-CDU habe sich endgültig „ins politische Abseits“ begeben. Ihre Entscheidung beeinträchtige „aufs Schwerste die Kontaktmöglichkeiten zu uns, zur CDU-Deutschlands“. Trotz dieser klaren Worte waren die Meinungen im Bundesvorstand jedoch tatsächlich weiter gespalten. Heiner Geißler meinte, man sollte die Vorbehalte gegen die Ost-CDU ablegen, da kein Weg an einer Zusammenarbeit vorbeiführe. Eberhard Diepgen warnte vor öffentlichen Zensuren und äußerte Verständnis für die Haltung de Maizières. Für die CSU bezeichnete es Theo Waigel als „schlimm“, dass die Ost-CDU „sich auch jetzt nicht aus der Umklammerung der SED lösen“ könne. Es gelinge ihr nicht, die Rolle der Blockpartei abzuschütteln. Die CSU werde sich daher auf die DSU konzentrieren und nicht drei oder vier Partner unterstützen.²⁴

Allianz für Deutschland

Als CDU-Bundesvorsitzender stand Kohl im Januar hinsichtlich notwendiger DDR-Partner unter Entscheidungsdruck. Angesichts der Rechtslage im geteilten Deutschland konnte die Bundes-CDU in der DDR nicht direkt in den Wahlkampf ziehen. Partner waren unerlässlich. Jeder infrage kommende Partner hatte aber für sich Defizite. Die Ost-CDU änderte sich dank fortbestehender Dominanz der Altfunktionäre nicht schnell genug, die neuen Gruppierungen waren erst im Aufbau begriffen. Ihnen fehlten Mitglieder und Organisationen. Daher sah es Kohl als „absolut notwendig“²⁵ an, eine Allianz verschiedener Kräfte zu bilden und neue oppositionelle Gruppen mit der Ost-CDU zusammenzubringen. Nur durch eine Konzentration der Potentiale sah er hinreichen-

21 Vgl. „Berliner Zeitung“ vom 22.1.1990; „Welt am Sonntag“ vom 21.1.1990.

22 9. Sitzung ZRT am 22.1.1990 Mitteilung 9/10 (ACDP, Runder Tisch).

23 Vgl. Gottfried MÜLLER, *Die Konziliare Bewegung „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ – eine Orientierung für die neue DDR*, in: Hans SÜSSMUTH (Hg.), *Wie geht es weiter mit Deutschland? Politisches Gespräch am 24./25. Januar 1990. Reformgruppen, Parteien und Kirchen aus der Deutschen Demokratischen Republik im Gespräch mit Politikern und Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik Deutschland* (Dialog in Deutschland 1), Baden-Baden 1990, S. 58–62, hier S. 58.

24 Vgl. Volker RÜHE und Theo WAIGEL in: „Welt am Sonntag“ vom 21.1.1990.

25 Interview Helmut Kohl, in: „Die Welt“ vom 30.3.1990.

de Wahlchancen.²⁶ An einen Wahlsieg glaubte er zu diesem Zeitpunkt nicht. Nach seiner Meinung konnte es nur darum gehen, ein Desaster bei den Wahlen zu verhindern.²⁷

Am 16. Januar rief er führende Politiker der CDU/CSU ins Kanzleramt, um über eine „Allianz gegen den Sozialismus“²⁸ zu beraten. Sie sollte sowohl gegen die SED-PDS als auch gegen die SPD antreten. Am 23. Januar sprach der CDU-Bundesvorstand über die Ost-CDU. Die meisten Vorstandsmitglieder meinten, man könne diese nicht länger ignorieren. Schäuble sprach vom „natürlichen Partner“ der Bundes-CDU. Man könne nicht die ignorieren, die „von ihrer Grundstruktur genauso Christliche Demokraten waren“ wie die CDU im Westen. Der Name CDU sei in der DDR unverzichtbar, weil „nur damit eine volle Identifizierung mit uns und insbesondere mit dem Bundeskanzler“ möglich sei.²⁹ Dregger relativierte die Forderung an die Ost-CDU, aus der Regierung Modrow auszutreten. Wenn es zu einer Regierung aller politischen Kräfte unter Einbeziehung der Opposition komme, sei die Bewertungsgrundlage eine andere.³⁰ Ernst Albrecht und Birgit Breuel wiesen auf die Möglichkeit hin, die Ost-CDU mit Hilfe Kirchners zu spalten. Mit dem Teil der Partei, der Kirchner folge, könne die bundesdeutsche CDU dann zusammenarbeiten. Der Vorsitzende der Exil-CDU, Siegfried Dübel, berichtete über Kontakte zu Kreisverbänden der Ost-CDU und erklärte, die Mitglieder in der DDR seien Christdemokraten „wie wir“. Die Spitze der Ost-CDU sei bereits weitgehend ausgewechselt und die „schwierige Ebene“ der Bezirksvorsitzenden, auf der es noch etliche „Wendehälse“ gebe, werde durch die derzeitige Gründung der Landesverbände weitgehend geklärt. Kohl, dessen Sympathien dem DA galten,³¹ widersprach denen, die sich für eine Zusammenarbeit mit dem Hauptvorstand der Ost-CDU aussprachen, kündigte aber an, demnächst eine Entscheidung zu treffen. Er trug Überlegungen über ein Wahlbündnis von DSU, DA und Ost-CDU vor. Danach sollten sich die christlichen und konservativen Kräfte in der DDR zu einer Allianz zusammenschließen, was allgemeine Zustimmung fand. Kohl wollte es vermeiden, sich von der Opposition vorwerfen zu lassen, sein DDR-Partner kooperiere mit der SED-PDS.³²

Eine Wende brachte schließlich die Ankündigung de Maizières, die Regierung zu verlassen, falls die neuen politischen Gruppierungen des Zentralen Runden Tisches nicht ebenfalls Regierungsverantwortung übernehmen. Aus Sicht der

26 Vgl. SCHÄUBLE (wie Anm. 20), S. 43.

27 Vgl. Anm. 25.

28 So CDU-Sprecher Andreas Fritzenkötter, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.1.1990.

29 SCHÄUBLE (wie Anm. 20), S. 23f.

30 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 24.1.1990.

31 Vgl. Anm. 8.

32 Vgl. TELTSCHIK (wie Anm. 11), S. 113; Volker Rühle, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 25.1.1990.

Bundes-CDU waren damit die Voraussetzungen für eine Kooperation mit der Ost-CDU erfüllt und der Weg für Verhandlungen zur Bildung einer Allianz frei.

Ende Januar sagte Kohl sogar eine Reise nach Südamerika ab, um Zeit für die Vorbereitung des Wahlbündnisses zu haben³³ und bemühte sich, DSU und DA von einer Zusammenarbeit mit der Ost-CDU zu überzeugen. Er führte Gespräche mit Schnur, Ebeling und de Maizière, wusste er doch um die enorme Bedeutung der Wahlen, bei denen es um nichts Geringeres ging als um den Weg zur deutschen Einheit. Für ihn stellten die Wahlen in der DDR bereits eine „Vor-Bundestagswahl“ mit erheblichen Auswirkungen dar.³⁴ Freilich zeigten die gekürten DDR-Partner wenig Neigung, zu kooperieren. Diskutiert wurde zunächst ein enger Zusammenschluss der Parteien unter dem Namen „Demokratische Union Deutschlands“ (DUD). Der Hauptvorstand der Ost-CDU polemisierte jedoch intern gegen diesen Vorschlag. Allenfalls könne man sich zu einer „Allianz der Mitte“ zusammenfinden.³⁵ Der DSU-Vorstand nannte die Beteiligung der Ost-CDU an einem konservativen Bündnis äußerst problematisch,³⁶ und auch der Vorstand des DA votierte mehrheitlich gegen eine enge Allianz mit Ost-CDU und DSU. Erst nachdem Kohl und Rühle ihren potentiellen Ostpartnern das Horrorszenario einer politischen Isolierung und Marginalisierung vor Augen malten, wuchs die Bereitschaft zur Kooperation. Schnur erklärte am 24. Januar, der DA verstehe sich als Partner der CDU und trete für einen Zusammenschluss der „Parteien der Mitte“ ein.³⁷ Rühle forderte den DA darüber hinaus auf, sich mit der Ost-CDU zu verbünden.³⁸

Am 27. Januar befürwortete de Maizière ein Wahlbündnis aus Ost-CDU, DSU und DA. Mit dem DA habe er darüber bereits verhandelt, Gespräche mit der DSU stünden bevor.³⁹ Der Hauptvorstand billigte am 30. Januar ein Wahlbündnis aus DFP, DSU und DA mit dem Namen „Allianz der Mitte“.⁴⁰ Im DA-Vorstand stand Rainer Eppelmann einem Wahlbündnis mit DSU und Ost-CDU weiterhin skeptisch gegenüber. Allenfalls sei die Bildung eines „demokratischen Blocks der Mitte“ mit der „Deutschen Forumpartei“ denkbar.⁴¹ Außerdem sei er „eigentlich Sozialdemokrat“.⁴² Der Stellvertretende DA-Vorsit-

33 Vgl. TELTSCHIK (wie Anm. 11), S. 118.

34 Vgl. EBD. S. 115.

35 Protokoll Präsidiumssitzung Hauptvorstand der CDU vom 25.1.1990 (ACDP 07-011-3510).

36 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 27./28.1.1990.

37 ZDF, 24.01.90/ 13.10 Uhr, Loy 0124-5.

38 Vgl. taz vom 1.2.1990.

39 Vgl. „Berliner Zeitung“ vom 29.1.1990.

40 Protokoll Präsidiumssitzung Hauptvorstand der CDU vom 30.1.1990 (ACDP 07-011-3510).

41 Rainer Eppelmann, zit. in: „Welt am Sonntag“ vom 4.2.1990. Vgl. „Süddeutsche Zeitung/Berliner Zeitung“ vom 2.2.1990.

42 „Die Welt“ vom 18.1.1990.

zende Erhart Neubert erklärte, die Mehrheit der Basis des DA sei nicht einverstanden, dass die DSU an dem Bündnis teilnehme. Der DA-Vorstand votierte mehrheitlich gegen eine enge Allianz mit der Ost-CDU.⁴³

Ungeachtet aller Widerstände setzte Rühle seine Bemühungen um Einigung fort.⁴⁴ Am 1. Februar trafen sich Vertreter der Ost-CDU, des DA, der DSU und der DFP im West-Berliner Gästehaus der Bundesregierung. Offizielle Grundlage des Gesprächs war der auf westliches Drängen herbeigeführte Beschluss der Ost-CDU, eine „Allianz der Mitte“ mit DA, DSU und DFP anzustreben. Zwei Tage später gab der Hauptausschuss des DA mit 43 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen seine Zustimmung zu Verhandlungen. Allerdings sollten die Parteien politisch unabhängig und selbstständig bleiben. Jeder Wahlkreis sollte selbst entscheiden, ob er die Allianz mit einer oder mehreren Gruppen eingehen wolle. Einen Tag später startete der DA offiziell in den Wahlkampf und warb für die „Allianz der Mitte“ unter Beteiligung von DFP, DSU und CDU. Schnur erklärte, das „Bündnis der politischen Mitte“ erhebe „den klaren Anspruch, die Regierung der DDR zu stellen“.⁴⁵ Vor dem Rathaus von Halle stellte sich Schnur als „der künftige Ministerpräsident“ vor und erklärte, der DA trete für ein Ende aller „sozialistischen Experimente“ ein.⁴⁶ Binnen kurzer Zeit hatte der Demokratische Aufbruch einen enormen Veränderungsprozess durchgemacht. Wie andere erfolgreiche neue Gruppen setzten sich hier Mehrheiten durch, die mit den ursprünglich vertretenen demokratisch-sozialistischen oder radikaldemokratischen Zielen nichts im Sinn hatten. Es waren vor allem Arbeiter, Handwerker und Bauern, unter deren Druck sich der DA von linken Positionen verabschiedete.⁴⁷ Grundlage der letztlich vereinbarten Zusammenarbeit war die Tatsache, dass angesichts des näher rückenden Wahltermins allen Beteiligten klar war, dass sie auf Unterstützung aus dem Westen angewiesen waren. Das betraf nicht nur die materielle, sondern vor allem „die politische Unterstützung im Sinne der Zugehörigkeit zu einer aus dem freien Teil Deutschlands bekannten politischen Formation“.⁴⁸

Im Beisein Kohls vereinbarten Ebeling, Schnur und de Maizière in West-Berlin, zur Volkskammerwahl am 18. März im Wahlbündnis „Allianz für

43 Vgl. Eppelmann (wie Anm. 41).

44 Vgl. Anm. 38.

45 Politische Erklärung „Für ein einiges Deutschland“ vom 4.2.1990 (HdG, Projektgruppe Leipzig, Objekt Rasch 18). Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 4.2.1990.

46 „Berliner Zeitung“ vom 5.2.1990. Im Kanzleramt wurde Schnur bereits vor der Aufdeckung seiner IM-Tätigkeit für das MfS als politisches „Leichtgewicht“ angesehen. Vgl. TELTSCHIK (wie Anm. 11), S. 154.

47 Vgl. Friedrich Schorlemmer, in: taz vom 6.1.1990; Sigrid MEUSCHEL, *Revolution in der DDR. Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation*, in: Wolfgang ZAPF, *Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990*, Frankfurt/M. 1991, S. 558–571, hier S. 558.

48 SCHÄUBLE (wie Anm. 20), S. 44.

Deutschland“ anzutreten. Nicht mehr dabei war die „Deutsche Forum Partei“ (DFP), die sich mit LDPD und FDP über eine Fusion verständigt hatte.⁴⁹ Die Allianz erhielt nun Wahlkampfunterstützung aus dem Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Im „Wahlkampfzentrum Ost-Berlin“ beriet Friedhelm Ost die Allianz in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit. In Bonn wurden inhaltliche Konzepte für den Wahlkampf erstellt.⁵⁰ Für den Wahlkampf wurde der auf Kohl zugeschnittene Slogan „Kanzler der Deutschen“ beschlossen.⁵¹ Die Ost-CDU konnte nun ihre Geschäftsstellen, Zeitungsredaktionen und Verlage dem Wahlkampf der Allianz zugute kommen lassen. Das Bündnis auf Zeit nutzte vor allem der Ost-CDU, relativierte die Zusammenarbeit mit den neuen Kräften doch ihre Blockvergangenheit. An den Runden Tischen veränderten sich durch die Kooperation die Mehrheiten. Alte und neue politische Kräfte waren nun Verbündete, bisherige Frontstellungen wurden hinfällig.⁵²

Allerdings kooperierten die Partner auch nach der Bildung der Allianz nur widerstrebend. Ständig kam es zu Auseinandersetzungen, Angriffen und Behinderungen.⁵³ So protestierte die DSU gegen Äußerungen de Maizières, wonach er im Falle eines Sieges der Allianz Ministerpräsident werde. Der DA beklagte die bevorzugte Unterstützung der Ost-CDU, obwohl noch überall alte Funktionäre in den Ämtern saßen.⁵⁴ CSU-Generalsekretär Erwin Huber wiederum erklärte, die Wahlkampfhilfe der CSU gelte ausschließlich der DSU, die nicht mit der CDU in einen Topf geworfen werden wolle. Die Allianz werde nur mitgetragen, um dem Bundeskanzler seine Auftritte in der DDR zu ermöglichen.⁵⁵ DSU-Generalsekretär Diestel erklärte, die DSU müsse auf Distanz bleiben und dürfe sich nicht „die schmutzige Jacke der CDU“ anziehen.⁵⁶ Kohl stellte resignierend fest, die Zusammenarbeit gestalte sich mühsam.⁵⁷ Hinzu kamen andere Probleme. Ende Januar übergab ein hoher MfS-Offizier dem Bundesnachrichtendienst eine Liste mit 23 Namen prominenter IM, darunter Wolfgang Schnur und Martin Kirchner.⁵⁸

49 Protokoll DA-Vorstandssitzung am 8.2.1990 (ACDP 07-012-3505).

50 Vgl. Antonius JOHN, *Rudolf Seiters. Einsichten in Amt, Person und Ereignisse*, Bonn/Berlin 1991, S. 157.

51 Vgl. TELTSCHIK (wie Anm. 11), S. 115.

52 So Steffen Reiche, in: „Am Tag als der Runde Tisch seine Arbeit begann“, ORB 20.12.1994, 20.15 Uhr.

53 Vgl. Interview Lothar de Maizière, in: taz vom 7.3.1990; „Frankfurter Rundschau“ vom 23.3.1990.

54 Vgl. Protokoll DA-Vorstandssitzung am 8.2.1990 (ACDP 07-012-3505).

55 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 10./11.2.1990.

56 „Frankfurter Rundschau“ vom 1.3.1990.

57 Vgl. TELTSCHIK (wie Anm. 11), S. 167.

58 Vgl. taz vom 19.3.1990.

Wahlen am 18. März 1990

Trotz aller Querelen und ambitionierter Meinungsumfragen ging die Allianz für Deutschland überraschend als klarer Sieger aus den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 hervor. Was kaum jemand im Bonner Konrad-Adenauer-Haus zu hoffen gewagt hatte, gelang. Kohls Konzept ging auf. Die Allianz erhielt über 5,5 Mio. Stimmen, das waren 47,79 Prozent. Dieses Ergebnis war vor allem der Person Helmut Kohls und seiner klaren Haltung zur deutschen Einheit zu verdanken. Stärkste Partei wurde die CDU mit 40,59 Prozent und 163 Mandaten. Die Allianzpartner besetzten zusammen 193 von 400 Volkskammermandaten. In Gemeinden bis 50.000 Einwohnern kamen die Allianzparteien auf ein Durchschnittsergebnis von mindestens 50, in den größeren Städten um etwa 40 Prozent. In 14 der 15 Wahlbezirke schnitt die Allianz prozentual am besten ab, lediglich in Ost-Berlin rangierte die SPD mit rund 35 Prozent an erster Stelle vor der PDS mit knapp 30 Prozent. Dagegen erreichte die Allianz in den thüringischen und sächsischen Bezirken mit viel Arbeiterbevölkerung zum Teil absolute Mehrheiten. Über 55 Prozent der Arbeiterschaft wählte die Allianz, deutlich mehr als SPD oder PDS. Überhaupt wurde die Allianz in allen Berufsgruppen, mit Ausnahme der sogenannten „Intelligenz“, Mehrheitspartei.⁵⁹ Mit der Wahl hatte die Allianz ihre Aufgabe erfüllt. Eine gemeinsame Volkskammerfraktion scheiterte am Widerstand der DSU. CDU und DA bildeten jedoch eine Fraktion. Damit deutete sich bereits der spätere Beitritt des DA zur CDU an. Obwohl die DSU eine eigene Fraktion bildete, vereinbarten die Allianzparteien in der Volkskammer die Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft mit paritätisch besetztem Vorstand.

Mit der gegen Widerstände durchgesetzten Bildung der Allianz für Deutschland gelang es Helmut Kohl, die für den Weg zur Wiedervereinigung entscheidenden Wahlen in einem Kopf- an Kopf-Rennen doch noch für die Union zu entscheiden. Der Sieg ging weit über eine parteipolitische Bedeutung hinaus. Gegen alle innen- und außenpolitischen Widerstände entschieden sich die Wähler damit zugleich für einen schnellen Weg zur deutschen Einheit. Der Sieg der Allianz für Deutschlands beeinflusste direkt und nachhaltig die politische Architektur Deutschlands und Europas.

⁵⁹ Vgl. Wolfgang G. GIBOWSKI, *Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990*, in: ZParl 21 (1990), S. 5–22, hier S. 13.